

## Trump befeuert Streit um Kriegsgeschäfte

SP droht der Nationalbank mit neuen Auflagen

Bern Donald Trump ist ein Segen – für Anleger, die in Kriegsmaterial investieren. Als er Anfang Jahr den Konflikt mit dem Iran anheizte, stiegen sogleich die Aktienkurse der Rüstungsfirmen. Und jetzt können diese auf neue Aufträge hoffen, da Trump der US-Armee den Einsatz von Landminen wieder erlaubt. Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat kürzlich einen Teil der Gewinne des letzten Monats abgeschöpft. So verkaufte sie ein Aktienpaket des Rüstungskonzerns Raytheon, wie Daten der US-Börsenaufsicht zeigen. Dies brachte der SNB mehrere Hunderttausend Franken ein.

Politiker sind konsterniert. «Die Nationalbank sollte es nicht nötig haben, in Rüstungsfirmen zu investieren», sagt CVP-Nationalrat Martin Candinas. Er respektiere die Unabhängigkeit der SNB. Es gebe jedoch genug andere innovative Unternehmen, in die man investieren könne. Für GLP-Nationalrat Beat Flach sind Trumps Pläne eine «Katastrophe», wie er sagt. «Ich will nicht, dass mein Geld aus der Altersvorsorge in Tretminen investiert wird.» Denn auch Schweizer Pensionskassengelder sind in Rüstungskonzernen parkiert. Laut SP-Nationalrätin Edith Graf-Litscher fehlt es an Sensibilität. «Es geht nicht, dass die Schweiz als neutrales Land durch die Hintertür die Produktion von Kriegsmaterial finanziert.»

«Finanzbranche kann sich nicht mit Broschüre davonstellen»

Die SP handelt nun und lanciert einen Gegenvorschlag zur Kriegsgeschäfte-Initiative. Mit dieser verlangen die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) und die Jungen Grünen ein Finanzierungsverbot von Kriegsmaterialherstellern. «Wir müssen nicht gleich alles verbieten», sagt SP-Frau Graf-Litscher. Investitionen in die zivilen Bereiche von Mischkonzernen wie Boeing sollten weiterhin möglich sein. Daher will die SP vorderhand Anlagen in die Produktion der schlimmsten Waffen wie Atombomben, Streumunition oder Antipersonenminen unterbinden. Dazu soll eine Lücke im Kriegsmaterialgesetz geschlossen werden, wie es im Entwurf heisst.

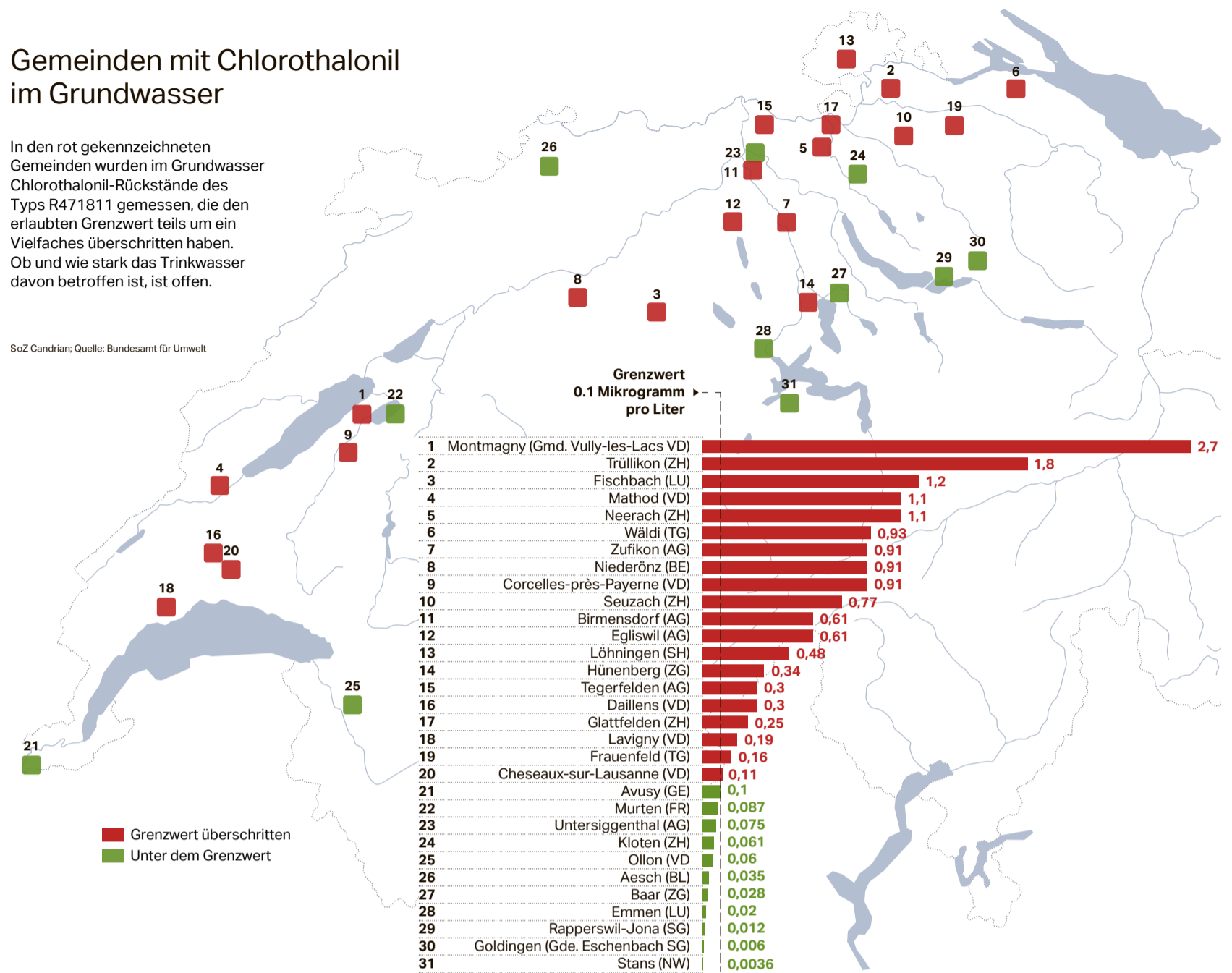
Zudem fordert die Partei mehr Transparenz von Banken und Pensionskassen bei ihren Kriegsmaterial-Investments – in Form eines jährlichen Rechenschaftsberichts sowie Informationsblätter für Anleger. Die SP orientiert sich am Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative, bei der es um die Einhaltung der Menschenrechte und der Umweltstandards geht. «Die Leute müssen wissen, was mit ihrem Geld finanziert wird», sagt Graf-Litscher.

Nächste Woche behandelt die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats den SP-Plan, der zum Teil auch in der Mitte auf Interesse stösst. Selbst die Initianten finden ihn grundsätzlich positiv. Da er aber auf Atomwaffen und andere geächtete Waffen zielt, reicht er ihnen nicht aus. «Die Finanzierung jeglicher Waffen ist ein Problem», sagt Julia Küng, Co-Präsidentin der Jungen Grünen. GSoA-Sekretärin Nadia Kuhn hat zudem Bedenken, dass am Ende vom Gegenvorschlag nur die Transparenzregeln übrig bleiben. «Es kann nicht sein, dass sich die Finanzbranche mit einer Broschüre davonstellen kann.» Adrian Schmid

## Gemeinden mit Chlorothalonil im Grundwasser

In den rot gekennzeichneten Gemeinden wurden im Grundwasser Chlorothalonil-Rückstände des Typs R471811 gemessen, die den erlaubten Grenzwert teils um ein Vielfaches überschritten haben. Ob und wie stark das Trinkwasser davon betroffen ist, ist offen.

SoZ Candrian; Quelle: Bundesamt für Umwelt



# Wo die Pestizidhöhlen der Schweiz liegen

Zahlen des Bundesamtes für Umwelt zeigen, wo Pestizidwerte 27-mal höher sind, als sie sein dürften. Das Amt wollte sie nicht veröffentlichen, Gemeinden waren desinformiert

Mischa Aebi, Denis von Burg

Bern Das Bundesamt für Umwelt liess in 31 Gemeinden zwischen Genf und Bodensee die Konzentration von Chlorothalonil-Rückständen im Grundwasser messen. An 20 Standorten lagen die Messwerte eines Chlorothalonil-Abbauproduktes über dem seit Januar geltenden Grenzwert, zum Teil massiv. Doch das Bundesamt hielt die Daten zu den einzelnen Messstellen bis jetzt unter Verschluss. Mehrere Anfragen im Dezember und im Januar wimmelte die Umweltbehörde ab. Die Bevölkerung sollte nicht erfahren, in welchen Gemeinden die Grenzwerte um wie viel überschritten werden.

Erst auf Druck eines Gesuches gemäss Öffentlichkeitsrecht gibt das Amt die Daten nun frei. Das Amt betont, dass es sich um Grundwasser- und nicht um Trinkwassermessungen handelt. Zudem werde das Wasser aus mehreren Quellen oft gemischt. So könnten zu hohe Pestizidwerte einer Quelle manchmal korrigiert werden. In aller Regel ist das Grundwasser aber Basis für das Trinkwasser.

In Fischbach weiss man nichts von hohen Pestizidwerten

Die Daten führen Brisantes zutage. Erstens erstrecken sich die verseuchten Gebiete über das gesamte Mittelland. Zweitens wurden Gemeinden ungenügend informiert. So zeigt die Tabelle der Bundesbehörden, dass die Werte des Chlorothalonil-Rückstandes R471811 in der Luzerner Gemeinde Fischbach den Grenzwert um das 12-Fache überschreitet. Die Messungen stammen aus dem Jahr 2017, ausgewertet wurden sie letztes Jahr durch

das Wasserforschungsinstitut Eawag. Die Forscher hielten in ihrer Analyse fest, dass die Messwerte dieses Stoffes besonders besorgniserregend seien, weil er sich nur langsam abbaue und seine Gesundheitsgefährdung kaum erforscht sei.

Die verheerenden Messwerte des Umweltamtes sind aber nie bis zu den Gemeindebehörden von Fischbach gelangt. Der für das Trinkwasser zuständige Gemeinderat Ivo Häfliger sagt: «Dass das Bundesamt für Umwelt in unserer Gemeinde so hohe Konzentrationen von Chlorothalonil-Abbauprodukten gemessen hat, erstaunt mich sehr.» Und: «Ich bin überrascht, dass der Bund uns das nicht mitgeteilt hat.»

In Fischbach ist man bis jetzt immer davon ausgegangen, dass das Trinkwasser tadellos ist: «Wir hatten bis jetzt nie Probleme mit Pestizidrückständen im Wasser», sagt Häfliger. Die Konzentrationen seien unter den Grenzwerten gelegen. Bei einer Messung im Juli letzten Jahres sei auch die Chlorothalonilkonzentration unter dem erlaubten Grenzwert gewesen.

Das ist nur scheinbar ein Widerspruch zu den Messungen des Bundes. Denn für das von den Bundesbehörden gemessene Chlorothalonil-Abbauprodukt R471811 gab es im Juli letzten Jahres noch keinen Grenzwert, deshalb wurde er auch nicht beanstandet.

Ebenfalls nicht informiert wurde die Gemeinde Vully-les-Lacs VD zwischen dem Neuenburger und dem Murtensee. Dabei liegt in dieser Gemeinde mit der Grundwasserfassung Montmagny die Chlorothalonil-Hölle der Schweiz. Die Forscher der Eawag haben dort eine Konzentration des Schadstoffes gemessen, der den erlaubten Grenzwert um

das 27-Fache übersteigt. «Wir haben nie etwas von einer solchen Messung gehört», sagt auch Blaise Clerc, Gemeindepräsident von Vully-les-Lacs, auf Anfrage.

Immerhin hat man in dieser Gemeinde Glück im Unglück. Vor einigen Jahren mussten die Gemeindebehörden die Quelle von Montmagny wegen anderer Schadstoffe bereits stilllegen. Danach hat die Gemeinde Vully-les-Lacs die Wasserversorgung umgebaut und bezieht jetzt ihr Trinkwasser gänzlich aus dem Neuenburgersee.

«Die Leute haben ein Recht, informiert zu werden»

Zu den am stärksten belasteten Ortschaften zählt die Zürcher Gemeinde Trüllikon. Die Konzentration des Chlorothalonil-Abbauproduktes R471811 übersteigt dort den neu geltenden Grenzwert um das 18-Fache. Die Trüllikoner erfuhren bereits letztes Jahr, dass ihre Gemeinde ein Pestizidproblem hat. Wegen eines anderen Stoffes mussten sie deshalb im September eine ihrer drei Quellen schliessen.

Doch nun kommt es noch schlimmer für Trüllikon: Weil nun auch für das Chlorothalonil-Abbauprodukt R471811 ein tiefer Grenzwert gilt, «können wir die Quelle wohl sehr lange nicht mehr brauchen», sagt der zuständige Gemeinderat Manuel Frei. Die Überschreitung sei so gross, dass «es sich nicht lohnt, das kontaminierte Wasser mit sauberem Wasser aus anderen Quellen zu mischen», sagt Frei. Immerhin war Frei informiert über die Messwerte des Bundes.

Das Chlorothalonil-Abbauprodukt R471811 hält derzeit Gemeindebehörden und Trinkwasserversorgungen in

der ganzen Schweiz auf Trab. Im Dezember hat der Bund Chlorothalonil als Pestizid verboten. Durch das Verbot wurden automatisch alle Abbauprodukte, die sogenannten Metaboliten des Pestizids, einem tiefen Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter Wasser unterstellt. Betroffene Gemeinden müssen dafür sorgen, dass sie in der nächsten Frist sauberes Wasser liefern können.

Allerdings weiss man in vielen Gemeinden noch gar nicht, ob das Wasser zu viel von dem Chlorothalonil-Abbauprodukt enthält. Deshalb führen Gemeinden und Kantone nun unter Zeitdruck Messungen durch. Diese Woche hat die «Berner Zeitung» publik gemacht, dass mittlerweile bereits bei 36 Berner Gemeinden feststeht, dass der neu geltende Grenzwert überschritten wird.

Nicht nur die Bundesbehörden tun sich schwer mit der Veröffentlichung von Daten zur Wasserqualität. Auch viele Kantonsbehörden würden die schlechten Nachrichten lieber unter Verschluss halten. Die Berner Behörden haben die Informationen zu ihrer Wasserqualität auch erst auf Druck der Journalisten freigegeben.

Immer noch keine Auskunft erteilen wollen die Aargauer Behörden. Das ruft Kritiker aus den Gemeinden auf den Plan. So sagt Hanspeter Flückiger, Gemeindeammann in einem anderen Fischbach, jenem im Kanton Aargau: «Die Behörden des Kantons Aargau halten die Informationen zu den Pestizidkonzentrationen unter Verschluss.» Das sei unverantwortlich. «Die Leute haben ein Recht, informiert zu werden, ob ihr Wasser gesundheitsschädlich ist oder nicht», sagt Flückiger.